

Anlage 1

Synopse der Anregungen zur STEP-Teilfortschreibung

Stand 03.07.06

Teilfortschreibung des 1997 beschlossenen Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010, Heidelbergs Lokale Agenda

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
mit Streichungen und Ergänzungen , die zur Übernahme empfohlen werden	markiert: Absender/in und Quelle „wörtliches Zitat“ ohne Anführungszeichen =sinngemäße Wiedergabe	Übernahme teilweise Übernahme Keine Übernahme mit Begründung
<p>Präambel</p> <p>Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg. Die mit dem Demographischen Wandel verbundenen Veränderungen werden als Chance empfunden und aktiv genutzt gestaltet. Es gilt neben der Familienfreundlichkeit für alle Generationen den Charakter einer lebendigen, kreativen und toleranten Stadt zu erhalten. Die Leitziele des Stadtentwicklungskonzeptes aus dem Jahr 1974 dienen dabei als Grundlage.</p>	<p><i>gestaltet</i> statt genutzt Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
12. Zielbereich Demographischer Wandel		
<p><i>Die Chancen nutzen</i></p> <p>Ausgangssituation für die Teilfortschreibung 2006</p> <p>Alle Prognosen zur demographischen Entwicklung in Deutschland stimmen darin überein, dass es je nach Region früher oder später zu teilweise tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungs- und Altersstruktur kommen wird. Bundesweit ist die Zukunft vor allem durch Bevölkerungsrückgang, einen höheren Anteil älterer Menschen, ethnische und kulturelle Vielfalt und veränderte Haushalts- und Familienstrukturen sowie vielfältige Lebensstile gekennzeichnet. Die Entwicklung, die unter den Schlagworten „weniger, älter und bunter“ zusammengefasst wird, verläuft jedoch nicht überall gleich.</p> <p>Heidelberg hat aufgrund des zunächst zu erwartenden deutlichen Bevölkerungszuwachses voraussichtlich etwas mehr Zeit als andere Städte zur Verfügung, um sich auf Schrumpfungsfolgen einzustellen. Der Prozess mit einer in der ersten Phase stark anwachsenden, ab 2020 stagnierenden und langfristig nach 2030 abnehmenden Bevölkerung macht eine differenzierte Politik erforderlich, die beide Phasen im Blickwinkel behalten muss. Die in der Wachstumsphase zu bewältigenden Integrationsaufgaben sowie wohnungs- und arbeitsmarktpolitische Erfordernisse lassen sich nicht mit dem Hinweis auf die fernere Zukunft ausblenden, sondern müssen gelöst werden, um unerwünschte Entwicklungen zu verhindern und gewünschte zu fördern.</p>		

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Die Universitätsstadt gehört zu den wenigen Großstädten in der Bundesrepublik, die aufgrund ihrer Standortgunst in den nächsten Jahren in deutlichem Umfang Einwohner/innen hinzugewinnen wird, vorausgesetzt es gelingt, hier das entsprechende Wohnungsangebot bereit zu stellen. 2004 beurteilte die Prognos AG die Zukunftsfähigkeit von 439 Stadt- und Landkreisen. Dabei konnte Heidelberg den Spitzenplatz 6 erreichen. Es besteht in einer von dynamischer Wirtschaftsentwicklung geprägten Stadt allerdings die Gefahr, dass Armut, Vereinzelung, fehlende Integration nur in wenigen Quartieren erkennbar und deshalb zu spät wahrgenommen werden.</p> <p>Heidelberg wird unter allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs die im Durchschnitt jüngste Bevölkerung haben. Kennzeichnend für die nächsten Jahre ist weniger die Zunahme der Senioren und Seniorinnen als die Abnahme von Kindern und Jugendlichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wegen der hohen Zuwanderung wird die Einwohnerzahl Heidelbergs bis 2020 um 6.400 Einwohner/innen (+4,3%) ansteigen. • Die Geburtenziffer wird bei 0,9 sehr niedrig bleiben (Bund: 1,4), die Lebenserwartung weiter steigen. Die Zuwanderung überkompensiert den bis 2020 jährlichen negativen Geburtensaldo. • Der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (0 bis unter 20 Jahre) wird bis 2020 erheblich stärker als im Land oder Bund sinken. Die positive Bevölkerungsentwicklung wird vor allem durch die Altersgruppen zwischen 18 und 30 Jahren bestimmt. • Der Anteil der Erwerbsfähigen wird bis 2020 zwar nicht zurückgehen, sich aber im Altersaufbau erheblich nach oben verschieben. 		

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<ul style="list-style-type: none"> • Die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren nimmt stark zu, darunter vor allem die Zahl der 80-Jährigen und Älteren. • Es wird von einem wachsenden Ausländeranteil ausgegangen (Anstieg auf ca. 20%). Der Anteil v.a. der älteren Ausländer über 65 Jahre wird deutlich steigen. <p>So wird die nahe Zukunft in Heidelberg stärker als anderswo von Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie einer forcierter Familienpolitik bestimmt sein. Die Kinderbetreuungssituation in Heidelberg zählt zu den besten unter den westdeutschen Kommunen. Der Ausbau an Betreuungsplätzen muss kontinuierlich fortgesetzt werden, um das städtische Klima insgesamt noch familienfreundlicher zu gestalten.</p> <p>Was sich bereits bei der Erarbeitung des 1997 verabschiedeten Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010 abzeichnete, nämlich sich wandelnde Familien- und Haushaltsstrukturen, vielfältige Lebensstile sowie ein multikulturelles Einwohnerspektrum, setzte sich in den letzten Jahren fort und wird auch weiterhin anhalten. So finden sich in den vorhergehenden Zielbereichen eine ganze Reihe von Zielvorgaben, deren Umsetzung gerade im Umgang mit den Anforderungen des Demographischen Wandels unverzichtbar sind. Zusammen mit anderen stadtentwicklungspolitischen Zielen bleiben sie weiterhin Daueraufgabe und gelten deshalb unverändert fort. Sie werden deshalb in diesem Kapitel nicht wiederholt. Nur wenn sie für den Umgang mit dem Demographischen Wandel von besonderer Bedeutung sind und in einem neuen und/oder erweitertem Zusammenhang gesehen werden, erfolgt eine nochmalige Aufnahme im vorliegenden Text.</p> <p>Neben der Notwendigkeit zur Kontinuität bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans ist es jedoch erforderlich, weitere Zielaussagen für die nächsten Jahre vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels aufzugreifen.</p>	<p><i>Kinder</i> einfügen Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Heidelberg als familienfreundliche Stadt</p> <p>Heidelberg setzt sich konsequent ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Stadt versteht Kinder, Jugendliche und Familien in allen Lebensphasen als wichtige gesellschaftliche Bereicherung, für die sie ein positives Klima schafft. Die Entscheidung für Kinder sowie das Arbeiten und Wohnen mit Kindern in Heidelberg sollen leicht fallen. Die Stadt will das Engagement aller in allen Bereichen hierfür stärken und bündeln. Die Rahmenbedingungen für familienfreundliche Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern werden ebenso weiter verbessert wie die Rahmenbedingungen für die Pflege von Familienangehörigen. Vernachlässigung und Verarmung werden durch konsequente Prävention verhindert.</p>		
<p>Heidelberg als Wohnstandort stärken</p> <p>Heidelberg will sich für neue Maßstäbe beim familien-, senioren- und behindertengerechten, bezahlbaren Wohnen in der Stadt einsetzen. Um Heidelberg auch als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu sichern, ist ein nachfragegerechtes, attraktives Wohnungsangebot ganz besonders wichtig. Soziale Qualitäten, die auch veränderte Wirklichkeiten des Zusammenlebens berücksichtigen, werden dabei immer wichtiger. Sie sollen durch gemeinschaftsorientierte, generationenübergreifende Projekte und nutzungsflexibles, barrierefreies Bauen entwickelt werden. Ein Wohnumfeld, das nachbarschaftliche Begegnung und Kinderspiel ohne Beeinträchtigungen durch den Verkehr zulässt, trägt im besonderen Maße zum Erreichen dieses Ziels bei.</p> <p><i>Wohnungsnotfälle gilt es zu verhindern. Heidelberger Wohnsitzlosen ist eine Rückkehr in ein geordnetes Leben zu ermöglichen.</i></p>	<p>„Es reicht nicht, wenn die Verantwortlichen „bestrebt“ sind, bezahlbaren Wohnraum für alle in allen Stadtteilen zur Verfügung stellen zu können. Wenn wir auch in Zukunft in einer friedvollen Stadt leben wollen, muss sich dieses Bestreben unbedingt in der konkreten Handlung niederschlagen.“ Keine Brennpunkt-Stadtteile – wie jetzt neu im Pfaffengrund geplant - heterogenere Besiedlung von Neuenheim und Kirchheim .</p> <p>Begründung siehe Schreiben Dorothee Büchsel</p> <p>Auch Wohnsitzlose und Wohnungsnotfälle thematisieren</p> <p>SEVA am 17. Mai</p>	<p>Keine Übernahme Begründung: Wohnungsentwicklungsprogramm ist konkretes Handlungsprogramm</p> <p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Lebenslanges Lernen</p> <p>Der Lebens- und Bildungsraum Kindertagesstätte und Schule sowie außerschulische Lernorte werden weiterentwickelt.</p> <p>Alle Kinder erhalten die Förderung, die sie brauchen, damit alle Jugendlichen ausbildungsfähig werden. Heidelbergs Bildungseinrichtungen müssen sich auf veränderte Lebenswirklichkeiten von Kindern und Familien einstellen und den ganzen Menschen im Blick haben.</p>	<p>„Wie wird eine Schule zu einem angenehmeren Lebens- und Bildungsraum Schule?“ Hier werden konkretere Formulierungen gewünscht. Jugendgemeinderat</p> <p>„Die Förderung der Schulkinder würde am ehesten durch Gesamtschulen gelingen.“ Irmgard Winkens</p>	<p>Keine Übernahme Anregung wird im Handlungskonzept (HK) behandelt</p> <p>Keine Übernahme Der schrittweise Ausbau zu Ganztagschulen ist vorgesehen.</p>
<p>Bildung findet immer mehr auch außerhalb der Schulen statt und soll nicht mehr nur auf die Ebene der Schulen reduziert werden, sondern findet in der Freizeit, der Familie, in der Kindertagesstätte, der Jugendarbeit, der Berufsbildung und Weiterbildung und sowie im Alter statt und. Sie ist eine Herausforderung für jede Altersstufe und alle Heidelberger Institutionen. Heidelberg trägt dazu bei, dass die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung fester Bildungsbestandteil werden können. Damit unterstützt die Stadt die von den Vereinten Nationen für die Jahre 2005-2014 ausgerufene Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Darüber hinaus führt sie junge Menschen, insbesondere junge Frauen, an Berufe im Umfeld von Wissenschaft und Technik heran.</p>	<p>Neuformulierungsvorschlag „Die Stadtverwaltung unterstützt verstärkt auch die Bildung außerhalb des (normalen) Unterrichts der Schule. Die Kooperation der Schulen wird verstärkt.“ Begründung: War in der Vergangenheit bereits so. Arnold Schwaier</p> <p>„Zur Ausstattung der Schule wird nichts gesagt, obwohl das sehr wichtig zum Lernen, Lehren und zum Wohlfühlen ist.“ Jugendgemeinderat</p>	<p>teilweise Übernahme</p> <p>Keine Übernahme Vorschlag wird im HK behandelt</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Stadt der Fairness</p> <p>Das geänderte Rollenverständnis von Frauen und Männern wird als Aufforderung verstanden, das bisherige Engagement für Chancengleichheit im Geschlechterverhältnis auszubauen. Insbesondere die Verantwortung für Kinder und für die Pflege älterer Menschen muss von allen Heidelbergerinnen und Heidelbergern getragen werden, die Rahmenbedingungen dafür sind zu verbessern. Heidelberg ist eine Stadt der Fairness für Kinder, zwischen Frauen und Männern, für Zugewanderte, für Menschen mit Behinderungen, zwischen den Generationen, für Menschen mit Problemen. Gleiche Bildungschancen sind selbstverständlich.</p> <p>Eine niedrigere kommunale Verschuldung und ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen lässt der jüngeren Generation ausreichende Lebensgrundlagen und Entwicklungsmöglichkeiten und ist damit auch ein Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen.</p>	<p>In diesen Abschnitt auch <i>Menschen mit Behinderungen</i> und <i>gleiche Bildungschancen für alle</i> ergänzen.</p> <p>Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>In einer jungen Stadt alt werden - Kultur des Alterns ermöglichen</p> <p>Weisheit und Lebenserfahrung unserer älteren Mitbürger/innen sind eine wichtige Ressource, die stärker in die Gesellschaft einfließen soll. Jede Generation, jede Altersstufe hat ihre jeweiligen Stärken und Schwächen und ihre eigene Würde. Kommunales Handeln muss deshalb künftig weitaus differenzierter auf diese Unterschiede eingehen und den vielfältigen Anforderungen durch vorausschauende, entwicklungs offene, flexible Planung gerecht werden. Generationenbeziehungen und Generationensolidarität sowie das Ehrenamt sollen gestärkt werden.</p> <p>Bei der Fortentwicklung der Stadtteilangebote werden sowohl die Bedürfnisse der jungen Alten als auch der Hochbetagten und Demenzkranken berücksichtigt, ebenso wie diejenigen älterer ausländischer Mitbürger/innen. Flexible Versorgungsnetzwerke haben Priorität; darüber hinaus sind auch weitere Spezialisierungen wichtig.</p>	<p>Weisheit ist zu streichen, da nicht konkretisierbar Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p> <p>Es ist einzufügen: „Das Handeln der Kommune erfolgt verstärkt „vor Ort“ (und nicht nur vom Schreibtisch aus).“ Arnold Schwaier</p> <p>„Mit der jetzigen Personalausstattung im Seniorenzentrum (kann) eine Ausweitung von Aufgaben für mehr Generationen nicht bewältigt (werden). Auch wäre eine klare Kompetenzverteilung (Bürgeramt!) notwendig, um Doppelarbeit oder Leerlauf zu vermeiden.“ Ingrid Kiessling/Margarete Sonnek</p>	<p>Übernahme</p> <p>Keine Übernahme Anregung im Grundtenor des Gesamttextes enthalten</p> <p>Keine Übernahme Anregung wird im Handlungskonzept behandelt</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Integration ist die Aufgabe aller</p> <p>Heidelberg soll den Charakter einer lebendigen und toleranten Stadt, in der viele unterschiedliche Milieus und Ethnien ohne soziale Konflikte zusammenleben, bewahren.</p> <p>Integration benötigt den Willen aller Heidelbergerinnen und Heidelberger das Engagement aller; sie ist ein dauerhafter Prozess. Barrieren zu Sprache und Bildung gilt es abzubauen, den interkulturellen Dialog weiter zu fördern. Migrantinnen und Migranten soll eine Existenz ermöglicht werden, die auf Gleichberechtigung, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit basiert. Das Eingewöhnen in das soziale Umfeld ist durch die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten zu fördern. Die Möglichkeiten des Ausländerrechts sollen für die Integration voll ausgeschöpft werden. Für ausländische Flüchtlinge gelten die Heidelberger Leitlinien zur sozialpädagogischen Betreuung.</p>	<p>„Das intensive Einbeziehen der „Emigranten“ als Mitbürger fehlt. Es wird eher auf die Zuständigkeit des Ausländerrates hingewiesen.“ Begründung siehe Schreiben von Irmgard Winkens</p> <p>Auf den dauerhaften Prozess der Integration verweisen. Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p> <p>„Die Sprachförderung gelänge sicherlich durch Einbeziehung der „Älteren“ (Nachhilfe für Schüler) Irmgard Winkens</p>	<p>Keine Übernahme Ausländerrat wurde beteiligt</p> <p>Übernahme</p> <p>Keine Übernahme Anregung wird im HK behandelt</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Mit Kultur Brücken bauen</p> <p>Kultur ist – wie Sport auch - als wichtiges Bindeglied zwischen den Generationen zu begreifen und als Chance der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen. Angebote sind, vor allem auch auf Stadtteilebene, auszubauen. <i>Am Ende der derzeitig geführten kulturpolitischen Diskussion sollen Grundsätze und Leitlinien stehen, die den weiteren Weg weisen.</i></p>	<p>„Dieser Bereich kommt eindeutig zu kurz. Diverse Untersuchungen (auch europäische) haben ergeben, wie wichtig Kultur nicht nur für das interkulturelle Zusammenleben und für Bildung ist, sondern auch arbeitsmarktpolitisch – dazu gibt es verschiedene Untersuchungen. Kultur sollte bei: Arbeit, Wirtschaft und Kultur aufgenommen werden und mehr Berücksichtigung finden als unter „mit Kultur Brücken bauen“ – dies ist nur ein Baustein. Auch der Ausbau der Kultur auf Stadtteilebene müsste inhaltlich gefüllt werden....“</p> <p>Ingrid Wolschin, Kulturhaus Karlstorbahnhof</p>	<p>Übernahme Bezug zu kulturpolitischen Leitlinien wird hergestellt</p>
<p>Neue Partnerschaft zwischen Bürger/innen und Stadt</p> <p>Ehrenamtliche <i>Aktivitäten werden verstärkt gefördert und unterstützt. Initiativen sind zu fördern, zu unterstützen und zu motivieren.</i> Solidarische, nachbarschaftliche Beziehungsnetze, in denen sich Professionalität und Bürgerengagement ergänzen, sind zu beleben und zu stärken. Migrantinnen und Migranten sowie ältere Mitbürger/innen sind gezielt zu gewinnen. Bürgerschaftliches Engagement ist als selbstbestimmter und zielgerichteter Einsatz für Verbesserungen sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Gemeinwesen anzusehen.</p>	<p>Neuformulierungsvorschlag „Ehrenamtliche Aktivitäten werden verstärkt gefördert“ Begründung: Das Rad muss nicht neu erfunden werden Arnold Schwaier</p>	<p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Aktives und solidarisches Stadtteilleben ermöglichen</p> <p>Heidelbergs Stadtteile sind der Ort, wo sich Kulturen und Generationen begegnen. Sie sind das Hauptaktionsfeld des breiten bürgerschaftlichen Engagements. Daher ist es wichtig, die erforderlichen professionellen Unterstützungsangebote direkt vor Ort zu haben.</p> <p>Es gilt hier das soziale Miteinander bewusst zu machen, den Stadtteilbezug zu stärken, Solidarität zu pflegen, Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen sowie Eigeninitiative und Bürgerschaftliches Engagement <i>im Sinne aktiver Subsidiarität</i> zu fördern. Die Beratungs-, Dienstleistungs- und Serviceangebote im Stadtteil bedeuten Lebensqualität und sind den Bedürfnissen ihrer Bewohner/innen entsprechend der demographischen Entwicklung anzupassen. Möglichkeiten zur interkulturellen Begegnung und zum Kennen lernen des Anderen sind hier wichtig. Der Stadtteil ist auch der Ort, Armutsrisiken aufzudecken und sozialer Ausgrenzung wirksam entgegenzusteuern. <i>Die dortigen Netzwerke, Initiativen und Institutionen sind einzubinden.</i></p>	<p>Bei den Seniorenzentren müsste eine Namensänderung erfolgen, „damit Außenstehende – nicht nur ältere – erkennen, dass sie angesprochen sind. Es müsste auch deutlich gemacht werden, für welche Fragen und Aktivitäten diese neu konzipierte Institution zuständig ist.“ Ingrid Kiessling/Margarete Sonnek</p> <p>Das Sich-Grüßen sollte wieder eingeführt werden. „Das würde sicherlich die Stimmung und das Gefühl der Geborgenheit heben. (...)“</p> <p>Es sollte auch möglich sein, für Kommunikationsbelange einen älteren Menschen zu gewinnen, der für die „Mitbewohner“ eines Stadtteils als Sorgenbörse und Kontaktvermittler fungieren könnte, auch für die vielen Isolierten.“ Weitere Begründung siehe Schreiben von Irmgard Winkens</p> <p>Gedanke der Subsidiarität einbauen, Vor Ort die vorhandenen Netzwerke, Initiativen und Institutionen einbinden. Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Keine Übernahme Anregung wird im HK behandelt</p> <p>Keine Übernahme Anregung überschreitet kommunale Kompetenz</p> <p>Keine Übernahme Anregung wird im HK behandelt</p> <p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Heidelberg als attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort positionieren</p> <p>Menschen ziehen dorthin, wo es ihrer Ausbildung entsprechende Arbeitsplätze gibt. Damit kommt der Standortprofilierung als Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt eine große Bedeutung zu. Es gilt Heidelberg zu einem Standort weiterzuentwickeln, der in seiner Internationalität und Weltoffenheit, seinen Lebensbedingungen und seiner Lebensqualität nicht nur für Fach- und Führungskräfte und ihre Familien, sondern für alle Menschen hoch attraktiv ist. Dies bedeutet erhebliche Anstrengungen in allen Bereichen, die diese Lebensqualität sichern. Die Weiterentwicklung als Wissenschaftsstadt soll Impulse für den gesamten Arbeitsmarkt einschließlich der nachgeordneten Arbeitsplätze geben. Unterschiede der Geschlechter, ethnische und kulturelle Differenz bereichern dabei nicht nur die Arbeitswelt (Management of Diversity). <i>Die bestehende kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist konsequent weiterzuführen.</i></p>	<p>„Konkretere Ziele wünschen wir uns auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen. Was kann die Stadt für Jugendliche ohne Berufschancen tun? Wie kann sie mehr Ausbildungsplätze schaffen?“</p> <p>Jugendgemeinderat</p>	<p>Übernahme</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Heidelberg als starker Partner in der Region</p> <p>Die Stadt Heidelberg leistet ihren Beitrag, um die Region weiterhin als attraktiven Standort im Wettbewerb um Investitionen und Köpfe zu positionieren. Bei der Weiterentwicklung oberzentraler Einrichtungen vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels ist ein abgestimmtes Vorgehen mit den Nachbargemeinden wichtiger denn je. Dies gilt auch für den Wohnungsneubau und den notwendigen Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs zwischen Heidelberg und den Nachbargemeinden. Darüber hinaus wird die Kooperation und Koordination innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar an Bedeutung gewinnen. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist auch hierfür richtungsweisend.</p>	<p>„Die einseitige Vorfestlegung auf „schienegebunden“ ist zu streichen.“ Begründung: „Es muss m.E. bei jedem Projekt individuell geprüft werden, welches die beste Lösung ist.“ Weitere Erläuterung siehe Schreiben Hans Zörb</p>	<p>Keine Übernahme da STEP und VEP schienengebundene Lösungen priorisieren</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Stadtverwaltung als vorbildliche Arbeitgeberin und innovative Dienstleisterin</p> <p>Heidelberg baut die kommunale Arbeitsmarktpolitik für benachteiligte Personengruppen weiter aus, insbesondere für junge Menschen und ältere Arbeitslose und wirkt darauf ein, dass junge Menschen eine Lebensperspektive entwickeln können. Die Stadtverwaltung muss Vorbild für andere Arbeitgeber in Heidelberg im Umgang mit dem Demographischen Wandel werden. Sie ist Vorbild beim Umgang mit eigenem Personal hinsichtlich Familienfreundlichkeit, Chancengleichheit, Umgang mit älteren Beschäftigten und bei der Qualifizierung von Jugendlichen sowie der interkulturellen Öffnung. Sie bleibt weiterhin eine „menschliche Verwaltung“, die wohnungsnah, freundlich, kompetent, interkulturell geschult, persönlich und umfassend berät. Sie wird auch weiterhin flexibel, angemessen und zeitnah auf Veränderungen zugunsten des Gemeinwohls reagieren und dabei neue Kooperations- und Organisationsformen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zur effizienten Leistungserbringung suchen und ihre Fachkompetenzen vor Ort ressortübergreifend bündeln.</p> <p>Dabei wird es immer mehr darauf ankommen, entsprechende Prozesse anzustoßen, zu organisieren und Verbündete zu gewinnen, anstatt alle Projekte und Maßnahmen selbst durchzuführen. Die Stadtverwaltung wird ihre Rolle zunehmend als Initiatorin, Moderatorin und Unterstützerin von Prozessen sehen und ausfüllen.</p>	<p>„Dieser Punkt im Text (ist) klarer zu formulieren“ Begründung: „ Wenn z.B. das Tiefbauamt Arbeiten vergibt, weil es nicht die Kapazität hat oder Unternehmer günstiger sind, so ist das o.k. Wenn aber die Verwaltung ihre Aufgaben an andere vergibt und nur noch kontrolliert, so ist das bedenklich. Der Gemeinderat müsste m.E. dem zustimmen und das Personal der Verwaltung entsprechend kürzen, wenn die Verwaltung ihr zugewiesene Arbeiten nicht mehr durchführt.“ Hans Zörb</p>	<p>Keine Übernahme Ziel der effizienten Leistungserbringung wird im Satz vorher deutlich betont</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Mobilität für alle Altersgruppen</p> <p>Mit dem Ausbau an gesellschaftlichen Möglichkeiten und der Aktivierung aller Altersgruppen, wachsen die Mobilitätsanforderungen an den ÖPNV. Dieser muss sich künftig noch stärker an die sich verändernden Bedürfnisse anpassen und ausgebaut werden. Es gilt, möglichst viele schienengebundene Direktverbindungen zu schaffen, die Fahrzeiten den Bedürfnissen anzupassen, Barrierefreiheit und Sicherheit - auch nachts - zu bieten, die Hangerschließung in den betreffenden Stadtteilen zu gewährleisten sowie für angemessene, sichere Fuß- und Radwegverbindungen nicht nur im Quartier zu sorgen.</p>	<p>Der Ausbau der Moonliner soll explizit in diesen Abschnitt aufgenommen werden. Jugendgemeinderat</p> <p>„Die einseitige Vorfestlegung auf „schienegebunden“ ist zu streichen.“ Begründung: „Es muss bei jedem Projekt m. E. individuell geprüft werden, welches die beste Lösung ist.“ Weitere Erläuterung siehe Schreiben Hans Zörb</p> <p>„Hangerschließung in den betreffenden Stadtteilen ernst nehmen.“ Hangerschließung „kann nur mit einem nicht schienengebundenen Verkehrsmittel erfolgen, das zu individuellen Zielen fährt.“ Weitere Erläuterung siehe Schreiben Arnold Schwaier</p> <p>„Ausweitung der Buslinie in das „Kleine Dorf“ und eine Erweiterung der Fahrzeiten der Linie 36 in absehbarer Zukunft besonders wichtig“ Ingrid Kiessling/Margarete Sonnek</p>	<p>Keine Übernahme Anregung wird im HK behandelt</p> <p>Keine Übernahme da STEP und VEP schienengebundene Lösungen priorisieren</p> <p>Keine Übernahme ist so gemeint</p> <p>Keine Übernahme Anregung wird im HK behandelt</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Der öffentliche Raum als Ort der Begegnung</p> <p>Kaum ein Bereich prägt das Image und die Integrationsfähigkeit einer Stadt mehr als ihr Umgang mit öffentlichen Orten. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Kulturen und Bedürfnisse. Auf eine qualitätsvolle Gestaltung muss daher besonderer Wert gelegt werden. Plätze, wohnungsnaher Grünflächen und attraktive Spielflächen, die gerade für Kinder, Jugendliche und ältere Bewohner/innen wichtig sind, gilt es zu erhalten und neu zu schaffen.</p>		
<p>Flexibel bauen</p> <p>Sowohl beim Neu- als auch beim Um- und Rückbau müssen bereits jetzt größte bauliche Flexibilität und Umnutzbarkeit eingeplant werden. Angesichts der größeren Dynamik der demographischen Entwicklung sollte die Wiederholbarkeit der Eingriffe bei Umbauten von vornherein ermöglicht werden. Dabei gilt es Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Die Qualität des Gebauten wird in jeder Hinsicht immer wichtiger, Stadtbaukunst braucht mehr Geltung. Nur erstklassige Lösungen haben Zukunft.</p>	<p>erstklassige Lösungen streichen, da dies im Prinzip für alle Handlungsbereiche gilt Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Übernahme</p>
<p>Es gilt zudem, soziale Belange bei Bau- und Planungsprojekten zu beachten. Dabei wird künftig noch mehr Wert auf die Vernetzung entsprechend vorhandener Fachkompetenz in den unterschiedlichen Fachämtern gelegt werden und dies bereits in der Planungsphase. Um soziale Belange in alle neuen Bau- und Planungsprojekte gezielter einzubringen, sollten die für die Planung von Wohngebieten entwickelten Einzelchecklisten (wie z.B. die Kinderfreundlichkeitsprüfung) in eine konsequente Sozialverträglichkeitsprüfung überführt werden, die für alle soziale Qualitäten sichert.</p>	<p>Auf vielfältigen Wohnungsmix in einer bestimmten Gegend achten. Ausreichende Hilfe (und Betreuung) beim Umzug bieten. Angedachte Betreuungsstrukturen für die Bahnstadt (mit Unterstützung durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung) heute punktuell in den Stadtteilen erproben. Weitere Erläuterungen siehe Schreiben Arnold Schwaier</p>	<p>Keine Übernahme bereits im STEP enthalten und im Abschnitt Bahnstadt der STEP - Teilfortschreibung</p>

Originaltext	Anregungen	Beschlussvorschlag
<p>Bahnstadt als Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung</p> <p>Mit gesamtstädtischem Engagement für den neuen Stadtteil Bahnstadt sollen diese Leitlinien auch praktisch umgesetzt und erlebbar gemacht werden. Die Bahnstadt wird nicht nur ein wichtiger neuer Arbeitsplatzstandort, sondern leistet einen wesentlichen Beitrag, um die Herausforderungen des Demographischen Wandels zu bewältigen.</p> <p>In diesem sozial- und altersgemischten neuen Stadtteil sind Familien besonders willkommen, hier sollen sie bezahlbare Wohnungen finden. Die Bahnstadt ist deshalb zügig nach den Kriterien der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Gestalterische Vielfalt, flexibles und barrierefreies Bauen und unterschiedliche Wohnformen, die auch veränderte Wirklichkeiten des Zusammenlebens berücksichtigen, sollen zu lebendigen Nachbarschaften führen. Von Anfang an sollen hier mit professioneller Unterstützung das Engagement der Bürger/innen geweckt und verschiedenste Dienstleistungen organisiert sowie das Verantwortungs- und Zugehörigkeitsgefühl gefördert werden. Verschiedene Generationen, Kulturen und Religionen sollen sich hier wohl fühlen können. Die Entwicklung der Bahnstadt darf nicht zulasten der bestehenden Stadtteile gehen.</p>	<p>„Von den Arbeitsplätzen, die in der Bahnstadt entstehen sollten, spricht heute (fast) niemand mehr.“ Klare Priorisierung: „Zuerst die Arbeitsplätze, begleitend – und danach – die dazu und darüber hinaus erforderlichen Wohnungen.“ Arnold Schwaier</p> <p>„Bezahlbare Wohnungen“ Formulierung ersetzen durch: <i>„Bezuschusste Bauplatz und bezuschusste Baumaßnahmen für junge Familien. Unterstützung durch städtische Mitarbeit in den Bauherren-Modellen.“</i> Arnold Schwaier</p> <p>Das gesamtstädtische Engagement darf nicht zulasten der übrigen Stadtteile gehen. Gesprächsrunde mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege</p>	<p>Übernahme in Analogie zum Abschnitt zum attraktiven Wirtschaftsstandort</p> <p>Keine Übernahme Details sollten im Wohnungsentwicklungsprogramm geregelt werden</p> <p>Übernahme</p>